

EXPOSÉ ZUM DISSERTATIONSVORHABEN

**Rechtliche Möglichkeiten und Rahmenbedingungen
der kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten im
Hinblick auf den regionalen Einsatz von Erneuerbaren
Energien**

Verfasser: Wolfgang Schweinhammer

Betreuerin: Univ.-Prof. MMag. Dr. Eva Schulev-Steindl, LL.M.

Dissertationsgebiet: Öffentliches Recht

Rechtliche Möglichkeiten und Rahmenbedingungen der kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten im Hinblick auf den regionalen Einsatz von Erneuerbaren Energien

Dissertationsvorhaben von Wolfgang Schweinhammer

Inhaltsverzeichnis:

1. Vormarsch und Bedeutung der erneuerbaren Energien	2
2. Kommunaler Nutzen des Einsatzes erneuerbarer Energiequellen vor Ort	3
3. Förderung des Ausbaus von Erneuerbaren Energien durch die Kommunen	3
4. Rechtliche Problemstellungen	5
5. Wissenschaftliche Frage und Problemstellungen	6
6. Vorläufiges Inhaltsverzeichnis	7
7. Vorläufiges Literaturverzeichnis	8
8. Zeitplan	12

1. Vormarsch und Bedeutung der erneuerbaren Energien

Die europäische Energieversorgung durchlebt in jüngster Zeit einen heftigen Wandel. Begonnen als Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl entwickelt sich die Europäische Union zunehmend zu einem die Umwelt und die nachhaltige Energieversorgung berücksichtigenden Wirtschaftsraum. So war bis vor kurzem – auch aufgrund der Wirtschaftskrise – noch der Ausbau der konventionellen Energieträger in vielen Mitgliedstaaten (z.B.: Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke in Deutschland) geplant. Spätestens seit der Katastrophe von Fukushima hat ein Umdenken in der Europäischen Energiepolitik eingesetzt.

Bereits vor dem Vertrag von Lissabon wurde dem Umweltschutz und der nachhaltigen alternativen Energieerzeugung auf Grundlage des seinerzeitigen Art. 175 EGV durch die Richtlinie 2001/77/EG zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen Rechnung getragen (siehe nur RL 2001/77/EG, EG 1). Der rasante Aufstieg der BRICS-Länder und der damit verbundene Mehrbedarf an fossilen Rohstoffen sowie der aufgrund der Kyoto-Ziele notwendige Beitrag zum Klimaschutz führten zu einem größeren Bedarf an alternativen Energien und effizienterer Energieeinsparung. Weitere sekundärrechtliche Rechtsakte zum europäischen Energierecht waren daher die Folge. Selbst im Vertrag von Lissabon wurde für das europäische Energierecht mit dem Art. 194 eine eigene Bestimmung

hinsichtlich einer europäischen Energiepolitik – unter anderem mit dem Ziel der Förderung der Energieeffizienz und von Energieeinsparungen sowie Entwicklung neuer und erneuerbarer Energiequellen – und einer eigenen Kompetenzgrundlage zur Verfolgung derselben erlassen. Die Organe der Europäischen Union hatten längst erkannt, dass der notwendige Umstieg von einer zentralisierten Energieversorgung zu einer dezentralisierten notwendig ist (so bereits *Fechner*, Globale Energieperspektiven für Industrienationen und die 3. Welt, Wissenschaft und Umwelt Interdisziplinär, 2/2000, 59 (61)).

2. Kommunalen Nutzen des Einsatzes erneuerbarer Energiequellen vor Ort

Als Vorteile der dezentralen Nutzung erneuerbarer Energien nennen das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union eine „bessere lokale Energieversorgungssicherheit, kürzere Transportwege und geringere übertragungsbedingte Energieverluste“. Der Nutzen aus Sicht der Kommunen besteht in der Schaffung von Erwerbsquellen und Arbeitsplätzen vor Ort (RL 2009/28/EG, ErwG 6; siehe auch *Hennecke, Hans-Günter/Ritgen, Klaus*, Kommunales Energierecht 36). Auch die Erreichung der Kyoto-Ziele wird durch den dezentralen Ausbau erneuerbarer Energiequellen forciert werden, weshalb hinter dieser Entwicklung sowohl eigene kommunale, als auch Interessen der übrigen Gebietskörperschaften vorzufinden sind.

3. Förderung des Ausbaus von Erneuerbaren Energien durch die Kommunen

Die wirtschaftliche Lage der in der Regel chronisch überschuldeten Kommunen lässt eine finanzielle Förderung für erneuerbare Energien oder gar ein eigenes Energieversorgungsunternehmen auf den ersten Blick unrealistisch erscheinen. Da es aber unzählige Möglichkeiten für den Einsatz erneuerbarer Energien sowie für die Einflussnahme des Ausbaus derselben gibt, eröffnen sich auch für die österreichische Durchschnittsgemeinde Chancen, an der Erzeugung erneuerbarer Energien teilzuhaben, sei es direkt oder indirekt.

So steht den Kommunen von der eigenen Energieerzeugung in Verbindung mit der Bewerkstelligung von Aufgaben der Daseinsvorsorge über die Einflussnahme hinsichtlich der Raumplanungsmaßnahmen bis hin zur Beteiligung der Bürger an Energieprojekten eine Vielzahl an Varianten offen. Einige seien hier angeführt:

- **Eigene Leistungserbringung:**

Eine eigene Leistungserbringung ist aufgrund der finanziellen Situation der meisten Kommunen nur im Zusammenhang mit Aufgaben der Daseinsvorsorge oder im Verbund mit Privaten möglich, wobei sich hier klassische PPP oder

Bürgerbeteiligungen anbieten. Unter Bürgerbeteiligungen versteht man Finanzierungsformen, die den Gemeinden durch finanzielle Mittel der eigenen Bürger den Ausbau erneuerbarer Energien ermöglichen. Die Bürger erhalten hierfür eine verzinsten Rückzahlung ihrer Investition.

- **Allgemeine Forcierung des Ausbaus in der ländlichen Region**

- **Raumplanung**

Eine Möglichkeit der Einflussnahme der Kommunen zum Ausbau der regionalen Energieerzeugung bietet sich bspw. im Bereich der Raumplanung, wobei hier von einer beschränkten, aber nicht zu unterschätzenden Einflussnahme auszugehen ist. Raumplanerische Maßnahmen können nämlich Anreize zum Einsatz erneuerbarer Energien bieten oder diesen erst sinnvoll machen. Auch das sog. Repowering spielt in Hinblick auf die Raumplanung eine bedeutende Rolle. Unter Repowering versteht man den Austausch älterer und schwächerer Anlagen mit modernen, leistungsstärkeren. Das Repowering ermöglicht eine Konzentration von Stromerzeugungsanlagen bei gleichbleibender Leistung und schafft so Raum für andere Flächennutzungen.

- **Förderungen an Unternehmen**

Eine weitere Variante zur Forcierung des Ausbaus erneuerbarer Energien bieten finanzielle Förderungen für Unternehmen, wobei hier sowohl bereits angesiedelte als auch anzusiedelnde Unternehmen in Frage kommen.

- **Vergabekriterien**

Das Vergaberecht erlaubt bei öffentlichen Ausschreibungen die Bedachtnahme auf die Umweltgerechtigkeit der ausgeschriebenen Leistung

- **Förderungen an Haushalte**

Als klassische Förderungen für den Ausbau von alternativen Energieträgern für Haushalte kann man die Förderungen von Photovoltaik-Anlagen im Zuge der Wohnbauförderungen betrachten, welche jedoch auf landesrechtlichen Vorgaben beruhen. Die Unterstützung des Ausbaus von Aufdach-Photovoltaik-Anlagen wäre durch weitere finanzielle Anreize durch die Gemeinden denkbar. Auf diese Weise würde vor allem Fläche eingespart und bereits bestehende genutzt werden. Zu bedenken ist jedoch, dass Aufdach-Photovoltaik-Anlagen durch das ÖSG 2012 bereits lukrativ gefördert werden.

- **Verkauf von Ausschließlichkeitsrechten an Private**

Ein moderner Trend in Niederösterreich ist der gemeindliche Verkauf von Exklusivrechten für den Bau von Windrädern an Unternehmen. Solche Verträge

verbieten anderen Unternehmen den Bau von Windrädern für eine festgelegte Periode.

- **Bewusstseinsbildung**

Eine kostengünstige, aber erfolversprechende Option besteht in der Bewusstseinsbildung in der eigenen Bevölkerung. Diese wird grundsätzlich bereits mit der regionalen Energieerzeugung bewirkt. Zahllose weitere Varianten existieren jedoch noch. So können Zuschüsse oder Infokanäle für private Beteiligungsmodelle bereitgestellt werden, sofern diese die Kaufkraft an die Region binden. Als Beispiel sei hier nur die Schremser Schuhwerkstatt GEA genannt, die für den Ausbau von Solaranlagen private Darlehen bekommen hat und statt einer monetären Rückzahlung Warengutscheine auszahlte.

4. Rechtliche Problemstellungen des Ausbaus von Erneuerbaren Energien durch die Kommunen

Aus den beschriebenen Gestaltungsmöglichkeiten ergeben sich etliche rechtliche Fragestellungen, von denen einige hier erwähnt sein sollen. So ist fraglich, wann die Erzeugung von erneuerbaren Energieträgern im Zusammenhang mit der abgaben-/gebührenfinanzierten Daseinsvorsorge eine Querfinanzierung darstellt, die vor dem Hintergrund der geförderten Einspeisetarife des erzeugten Stroms beihilfenrechtlich problematisch sein kann. Diese Frage gewinnt an Brisanz, wenn sich eine Gemeinde diese Aufgaben mit einem Privaten teilt. Auch die eingeschränkte Anwendbarkeit des Vergaberechts muss hier Beachtung finden. Verhält sich eine Kommune generell im Hinblick auf direkte Zuwendungen an regionale Energieversorgungsunternehmen nicht wie ein privater Kapitalgeber, so ist eine nähere beihilfenrechtliche Prüfung unerlässlich. Zu prüfen wäre eine – allenfalls modifizierte – Anwendbarkeit der „Altmark Trans“-Entscheidung des EuGH (EuGH, C-280/00). Um eine nicht rechtskonforme Beihilfe zu verhindern, wären auch argumentative Überlegungen zugunsten des Umweltschutzes angebracht, zumal die europäische Kommission Umweltschutzbeihilfen zulässt.

Entscheiden sich Kommunen für den Bau erneuerbarer Energieträger mittels Bürgerbeteiligungen, ist besondere Vorsicht hinsichtlich deren rechtliche Ausgestaltung geboten. So kann die Ausschüttung von verzinsten Rückzahlungen zur Anwendbarkeit des BWG führen. Alternative Möglichkeiten wären die sogenannten „sale und lease back“-Modelle oder Beteiligungen an einer Gesellschaft, um keine Konzessionspflicht auszulösen.

Einen weiteren Schwerpunkt dieser Arbeit sollen neben der beihilfenrechtlichen Fragestellung Raumordnung und -planung darstellen. Insbesondere gilt es, die Möglichkeiten und Grenzen der Raumplanung durch die Kommunen auszuarbeiten. Problematisch erweist sich diesbezüglich vor allem der Umstand, dass es sich bei der Raumordnung um eine Querschnittsmaterie handelt, deren Komplexität neuerdings durch das Europarecht zunimmt. Ebenso stellen sich interessante rechtliche Fragen in Bezug auf die Änderung von Flächenwidmungsplänen.

5. Wissenschaftliche Frage- und Problemstellungen

Wie oben angedeutet bietet sich von der eigenen Energieerzeugung in Verbindung mit der Bewerkstelligung von Aufgaben der Daseinsvorsorge über die Einflussnahme hinsichtlich der Raumplanungsmaßnahmen bis hin zur Beteiligung der Bürger an Energieprojekten für Kommunen eine Vielzahl an Varianten. Ziel der Dissertation ist es, die kommunalen Möglichkeiten der Nutzung alternativer Energieträger aufzuzeigen und ein Problembewusstsein für die damit verbundenen Rechtsfragen zu schaffen. Die rechtlichen Schwerpunkte werden auf das Raumordnungs- und -planungsrecht, das Beihilfenrecht und die Anwendbarkeit des Bankwesengesetzes gelegt. Eine übersichtliche Ausarbeitung der möglichen Betätigungsfelder der Kommunen im Bereich der erneuerbaren Energien wird ebenso wesentliches Thema dieser Arbeit sein. An dieser Stelle sei erwähnt, dass der Verfasser bereits eine Abschlussarbeit zur Erlangung des akademischen Titels *LL.M. (WU)* mit dem Titel „Vergaberechtliche Aspekte der kommunalen Daseinsvorsorge“ verfasst hat. Die Schwerpunkte dieser bereits abgeschlossenen und beurteilten Arbeit lagen jedoch im Vergaberecht und abgeschwächt auch im Kartellrecht, weshalb Überschneidungen nur hinsichtlich der allgemeinen Aufgabenbesorgung durch Kommunen sowie im geringen Ausmaße im Vergaberecht bestehen werden.

6. Vorläufiges Inhaltsverzeichnis

Folgendes vorläufiges Inhaltsverzeichnis bietet sich für das Dissertationsvorhaben an:

I. Einleitung

II. Rechtliche Ausgangslage

1. Europäisches Energierecht
 - 1.1 Primärrechtliche Vorgaben: Energie- und Umweltpolitik, Wettbewerbsrecht
 - 1.2. Sekundärrechtliche Vorgaben
2. Nationales Energierecht
3. Die Gemeinde im österreichischen Recht

III. Gestaltungsmöglichkeiten der Gemeinde im Hinblick auf den örtlichen Einsatz von erneuerbaren Energien

1. Aufgabenwahrnehmung durch die Gemeinde
 - 1.1. Anwendungsgebiete
 - 1.1. Eigene Aufgabenwahrnehmung
 - 1.2. Aufgabenwahrnehmung im Konzern
 - 1.3. Interkommunale Zusammenarbeit
 - 1.3.1. Vertragliche Zusammenarbeit
 - 1.3.2. Institutionalisierte Zusammenarbeit
 - 1.4. Public Private Partnerships
 2. Einflussnahme der Gemeinden auf den regionalen Einsatz von Erneuerbaren Energien
 - 2.1. Beeinflussung der Raumplanung
 - 2.2. Förderungen an Unternehmen
 - 2.2.1. Förderung der Ansiedelung
 - 2.2.2. Förderung des Repowering
 - 2.2.3. Förderung an bestehende Unternehmen für die Verwendung von erneuerbaren Energien
 - 2.3. Förderung an Haushalte
 - 2.3.1. Z.B.: Zusätzliche Förderung bei Dachflächen Solaranlagen
 - 2.3.2. Förderung bei Anschluss an Kommunales Versorgungsnetz?

2.4. Beteiligungsmodelle

2.5. Vergabekriterien

IV. Rechtliche Rahmenbedingungen der Gestaltung einer regionalen erneuerbaren Energiepolitik

1. Raumordnungsrecht

2. Vergaberecht

3. Beihilfenrecht

3.1. Beihilfenrecht iZhg mit eigenständiger Energieerzeugung

3.2. Beihilfenrecht iZhg mit PPP

3.3. Beihilfenrecht bei Förderung von Unternehmen

4. Anwendbarkeit des BWG

5. Gewerberecht

V. Grenzen der kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten

VI. Zusammenfassende Würdigung

7. Vorläufiges Literaturverzeichnis

Auer, Martin, Die Änderung des Flächenwidmungsplans: Rückwidmung – Rechtsschutz – Entschädigung, Springer-Verlag, Wien 1998.

Bauer/Kaldenkerken, Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit in Österreich, in Band 30 der Schriftenreihe „Kommunale Forschung in Österreich“, Druck- und Verlagsanstalt Gutenberg, Linz 1977.

Berger, Astrid, Netzwerk Raumplanung – im Spannungsfeld der Kompetenzverteilung, Braumüller Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges.m.b.H., Wien 2008.

Chini, Leo W./Oppitz, Martin, Bankwesengesetz Kommentar, Linde Verlag, Wien 2011.

Dageförde, Angela, Umweltschutz im öffentlichen Vergabeverfahren, Erich Schmidt Verlag, Berlin 2012.

Dellinger, Markus (Hg), Bankwesengesetz Kommentar, LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co KG, Wien 2012.

Doralt/Diregger, Österreichisches Konzernrecht in Kropff/Semler (Hg), Münchener Kommentar zum Aktiengesetz, Band 9/1, 2. Auflage Verlag C.H. Beck/Verlag Franz Vahlen, München 2007.

Hirsch/Montag/Säcker (Hg) Münchener Kommentar zum Europäischen und Deutschen Wettbewerbsrecht (Kartellrecht), Band I und III: Europäisches Wettbewerbsrecht, Verlag C.H. Beck, München 2007/2011.

Immenga/Mestmäcker (Hg), Wettbewerbsrecht, Band I und III – Kommentar zum Europäischen Kartellrecht, 5. Auflage, Verlag C.H. Beck, München 2012/2014.

Ertl/Heinisch, Der Sektorenauftraggeber – Eine Gegenüberstellung, Verlag Österreich, Wien 2010.

Forsthoff, Ernst, Rechtsfragen der leistenden Verwaltung, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1959, wird angeführt unter der 2. Auflage von Forsthoff, Die Verwaltung als Leistungsträger, Stuttgart 1938 (*Forsthoff*, Rechtsfragen der leistenden Verwaltung).

Forum Wissenschaft & Umwelt (Hg), Wissenschaft & Umwelt Interdisziplinär, 2/2000.

Fröhler, Ludwig/Oberndorfer, Peter, Recht und Organisation der Kommunalwirtschaft, Band 16 der Schriftenreihe „Kommunale Forschung in Österreich“, Linz 1974.

Fröhler/Oberndorfer, Das österreichische Gemeinderecht: Sammlung der gemeinderechtlichen Vorschriften Österreichs mit Erläuterungen, Institut für Kommunalwissenschaften und Umweltschutz (Hg), Verlag Jugend & Volk Gesellschaft m.b.H., Wien 1983.

Fuest/Kroker/Schatz, Die wirtschaftliche Beteiligung der Kommunen und die Daseinsvorsorge, Deutscher Instituts-Verlag GmbH, Köln 2002.

Geuder, Henrietta, Österreichisches öffentliches Baurecht und Raumordnungsrecht, Linde Verlag, Wien 1996.

Göttrup, Hendrik, Die kommunale Leistungsverwaltung, Band 37 der Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V. Berlin, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1973.

Grillberger, Konrad/Strasser, Rudolf, Schadenshaftung der Gemeinden für ausgegliederte Unternehmungen, Band 75 der Schriftenreihe, „Kommunale Forschung in Österreich“, Linz 1986.

Heid/Preslmayr (Hg), Handbuch Vergaberecht, 3. Auflage, LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co KG, Wien 2010.

Hennecke, Hans-Günter, Die Daseinsvorsorge in Deutschland – Begriff, historische Entwicklung, rechtliche Grundlagen, und Organisation, in Krautscheid, Andreas (Hg), Die Daseinsvorsorge im Spannungsfeld von europäischem Wettbewerb und Gemeinwohl – Eine sektorspezifische Betrachtung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009.

Hennecke, Hans-Günter/Ritgen, Klaus, Kommunales Energierecht, Kommunal- und Schul-Verlag GmbH & Co KG, Wiesbaden 2010.

Holoubek/Potacs (Hg), Handbuch Öffentliches Wirtschaftsrecht, Band I, 2.Auflage, Springer-Verlag, Wien 2007.

Horner, Ausgliederung und Ingerenz – Verfassungsrechtliche und (sonder)gesellschaftsrechtliche Aspekte der Einflussnahme auf ausgegliederte Rechtsträger, Wolf Theiss Award, Band 6, Neuer Wissenschaftlicher Verlag GmbH, Wien 2004.

Hrbek, Rudolf/Nettesheim, Martin (Hg), Europäische Union und mitgliedstaatliche Daseinsvorsorge, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2002.

Jantschgi, Gemeindekooperationen innerhalb der Kleinregionen – Vergaberechtliche, steuerrechtliche und arbeitsrechtliche Auswirkungen, Springer-Verlag, Wien 2011.

Jellinghaus, Zwischen Daseinsvorsorge und Infrastruktur, Zum Funktionswandel von Verwaltungswissenschaften und Verwaltungsrecht in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Band 202 in Studien zur europäischen Rechtsgeschichte, Verlag Vittorio Klostermann, Frankfurt am Main 2006.

Kalss/Nowotny/Schauer, Österreichisches Gesellschaftsrecht, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 2008.

Kaltschmitt, Martin, Regenerative Energien in Österreich, Vieweg + Teubner Verlag, Wiesbaden 2009.

Klug/Oberndorfer/Wolny (Hg), Das österreichische Gemeinderecht, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 2008.

Koja, Gemeindeverbände und Bundesverfassung, Universitätsverlag Anton Pustet, Salzburg 1979.

Koman, Angelika, Public Private Partnerships – aus dem Blickwinkel des Europarechts, in Schohaj, Renate/Koman, Angelika, Daseinsvorsorge – Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, Österreichischer Städtebund, Wien 2005.

Korinek/Holoubek, Grundlagen staatlicher Privatwirtschaftsverwaltung – Verfassungsrechtliche und einfachgesetzliche Rahmenbedingungen nicht hoheitlicher Verwaltung, Leykam Buchverlagsgesellschaft m.b.H. Graz 1993.

Korinek/Holoubek (Hg), Kommentar zum Bundesverfassungsrecht, Springer-Verlag, Wien 1999.

Krejci/Ruppe (Hg), Rechtsfragen der kommunalen Wirtschaftsverwaltung, Verlag Orac, Wien 1992.

Laurer/Borns/Strobl/Schütz, Melitta/Schütz, Oliver (Hg), Kommentar zum Bankwesengesetz, 3. Auflage, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 2011.

Lummerstorfer, Interkommunale Zusammenarbeit – eine Organisationsalternative mit großen Potenzialen zur Effektivitäts- und Effizienzsteigerung, Schriften der Johannes-Kepler-Universität Linz, Reihe B – Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Johannes-Kepler-Universität Linz, Linz 2006.

Lutz, Christian/Hochedlinger, Gerhard, Public Private Partnership, in König, Wolfgang/Streit, Georg, Das neue Vergaberecht, Band 1 Forum, Wien 2006.

Mittendorfer/Weber (Hg), Public Private Partnerships, LexisNexis ARD Orac, Wien 2004.

Neuhofer, Hans, Gemeinderecht – Organisation und Aufgaben der Gemeinden in Österreich, 2. Auflage, Springer-Verlag, Wien 1998.

Neuhofer, Hans, Sind Gemeindeverbände für ihre Zukunftsaufgaben gerüstet? in Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (Hg), Interkommunale Zusammenarbeit, J & V, Edition Wien, Dachs-Verlag, Wien 1992.

Neuhold, Christian, Die Beteiligung der Gemeinde am Wirtschaftsverkehr durch Gründung von Tochtergesellschaften, Verlag Österreichische Bürgermeister-Zeitung, Purkersdorf bei Wien 2006.

Österreichischer Gemeindebund/Österreichischer Städtebund (Hg), 40 Jahre Gemeindeverfassungsnovelle 1962, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 2002.

Pernthaler, Peter, Fend, Raimund, Kommunales Raumordnungsrecht in Österreich, Österreichischer Wirtschaftsverlag, Wien 1989.

Pielow, Johann-Christian, Grundstrukturen öffentlicher Versorgung, Verlag Mohr Siebeck, Tübingen 2001.

Posautz, Public Private Partnerships – Die abgabenrechtliche Behandlung in Österreich, Linde Verlag, Wien 2009.

Puwein/Weingärtler, Public Private Partnership in Österreich – Aktuelle Bestandsanalyse und Trends, Endbericht zum Jubiläumsfondsprojekt Nr. 12304, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien 2008.

Quaschnig, Volker, Erneuerbare Energien und Klimaschutz, Hanser Verlag, München 2010.

Raschauer, Bernhard, Allgemeines Verwaltungsrecht, 3. Auflage, Springer-Verlag, Wien 2009.

Reisinger, Verfassungs- und gemeinschaftsrechtliche Determinanten der Regulierungsbehörden im Energierecht, Dissertation, Wien 2007.

Rieder/Huemer, Gesellschaftsrecht, Verlag facultas.wuv, Wien 2008.

Schramm/Aicher/Fruhmann/Thienel, Bundesvergabegesetz 2006, 2. Auflage (2009), Springer Verlag, Wien 2009.

Goette/Habersack (Hg), Münchener Kommentar zum Aktiengesetz, Band 6, 3. Auflage, Verlage C.H. Beck/Verlag Franz Vahlen, München 2011.

Segalla, Kommunale Daseinsvorsorge in Raschauer (Hg), Forschungen aus Staat und Recht 151, Springer-Verlag, Wien 2006.

Stolzlechner, Rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen, in Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (Hg), Interkommunale Zusammenarbeit, J & V, Edition Wien, Dachs-Verlag, Wien 1992.

Strasser/Trost, Die Eignung des Gesellschaftsrechts für gemeindeeigene ausgegliederte Unternehmungen, Institut für Kommunalwissenschaften und Umweltschutz, Linz 1992.

Studiengesellschaft für Wirtschaft und Recht (Hg), Public Private Partnership, Linde Verlag, Wien 2003.

Wenger, Die öffentliche Unternehmung, in Winkler/Antoniolli (Hg), Forschungen aus Staat und Recht, Band 10, Springer Verlag, Wien 1969.

Wimmer/Kahl, Die öffentlichen Unternehmen im freien Markt, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 2001.

8. Zeitplan

Semester	Dissertationsfortschritt lt. Inhaltsverzeichnis
SS 2013	Einleitung; Rechtliche Ausgangslage (Kapitel I und II)
WS 2013	Aufgabenwahrnehmung durch die Gemeinde (Kapitel III, 1.)
SS 2014	Beeinflussung der Raumplanung (Kapitel III, 2.1.)
WS 2014	Förderungen an Unternehmen (Kapitel III, 2.2.)
SS 2015	Förderung an Haushalte (Kapitel III, 2.3.)